

Solidaritätserklärung mit ArbeitnehmerInnen und Gemeinschaften in Sri Lanka, Indonesien, Thailand, Malaysia und den Philippinen und in der gesamten Region, die von verheerenden Flutkatastrophen getroffen wurden

Die Internationale für den öffentlichen Dienst (PSI) erklärt ihre tiefe Solidarität mit allen ArbeitnehmerInnen, Gewerkschaften und Gemeinschaften, die in dieser Woche Opfer der zerstörerischen Überschwemmungen in Sri Lanka, Indonesien, Thailand und anderen Teilen Asiens wurden. Menschen verloren ihr Leben, Häuser wurden zerstört und lebenswichtige Infrastrukturen beschädigt. Wieder einmal sind es die arbeitende Bevölkerung und besonders diejenigen, die bereits in prekären Umständen leben, die die schwerste Last der klimabedingten Katastrophen tragen müssen.

Inmitten all dieser Verwüstungen schützen und unterstützen nach wie vor die Einsatzkräfte an vorderster Front ihre Gemeinschaften. NotfallhelferInnen, Beschäftigte im Gesundheits- und Pflegesektor, Kommunalbedienstete, MitarbeiterInnen von Versorgungsunternehmen, Arbeitskräfte in der Sanitärversorgung und viele andere haben ihr Leben riskiert, um Menschen zu retten, die medizinische Versorgung aufrechtzuerhalten, lebenswichtige Dienste wiederherzustellen und betroffene Gebiete zu stabilisieren. Diese Situation zeigt den unverzichtbaren Wert leistungsfähiger öffentlicher Systeme der Notfall- und Katastrophenhilfe, ausgeführt von Arbeitskräften, die unter menschenwürdigen Bedingungen arbeiten, eine zweckmäßige Schutzausrüstung haben und deren Personalstärke adäquat ist.

PSI-Mitgliedsorganisationen haben schnell reagiert und sorgen für die Unterstützung ihrer Mitglieder. Wir bringen unseren Respekt und unsere Solidarität mit diesen Mitgliedsorganisationen zum Ausdruck. Mitgliedsgewerkschaften auf den Philippinen haben gegen die korrupte Aneignung von Geldmitteln für die Katastrophenhilfe durch die Eliten protestiert, wodurch diese aktuelle Situation noch kritischer geworden ist.

Diese Überschwemmungen sind keine isoliert voneinander auftretende Ereignisse. Sie sind Teil eines eskalierenden Musters extremer Wetterereignisse, angetrieben von der globalen Klimakrise. ArbeitnehmerInnen in Asien und im pazifischen Raum finden sich immer öfter an der Frontlinie einer durch Klimaereignisse verursachten Zerstörung, obwohl ihre Regierungen vor dem Problem kleiner werdender fiskalischer Handlungsräume und steigender Kosten stehen.

PSI fordert einzelstaatliche Regierungen und internationale Finanzinstitutionen sowie die Weltgemeinschaft zu folgenden Schritten auf:

1. **Sofortige Unterstützung und Hilfe** für alle betroffenen ArbeitnehmerInnen, Familien und Gemeinschaften sowie Gewährleistung eines gleichberechtigten Zugangs zu humanitärer Hilfe durch transparente, von Korruptionsbekämpfungsstellen überwachte Verfahren.
2. **Investitionen in leistungsfähige öffentliche Notfalldienste**, wobei menschenwürdige Arbeitsbedingungen, sichere Personalschlüssel und eine adäquate Finanzierung dieser Notfalldienste, der Gesundheits- und Pflegedienste, der Wasser- und Sanitärversorgung, der Energieversorgung und kommunaler Dienste sicherzustellen ist.
3. **Strafrechtliche Verfolgung von Amtspersonen und Akteuren des privaten Sektors**, die Gelder für Katastrophenhilfe und Katastrophenschutz nicht für diese vorgesehenen

und zugesagten Zwecke verwenden; sowie Einführung von Gesetzen zum Schutz von Whistleblowern und von Verfahren zur Aufdeckung von Korruption.

4. Durchführung dringend erforderlicher globaler Aktionen zur Bekämpfung der Klimakrise, darunter:

- Umfassende Unterstützung eines **Finanzinstruments für Schäden und Verluste**, das zugänglich und angemessen ist und den Anforderungen der am stärksten betroffenen Länder und Gemeinschaften entspricht.
- **Beendigung der schädlichen Rückzahlung von Staatsschulden** und der Konditionalitäten, die Fähigkeiten von Staaten zur Finanzierung öffentlicher Dienste und Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel unterminieren.
- **Schneller Ausstieg aus fossilen Energieträgern** im Rahmen eines fairen, gerechten und von den Gewerkschaften verhandelten Prozesses, der ArbeitnehmerInnen, Gemeinschaften und öffentliche Dienste schützt.

Extreme Wetterereignisse werden in Zukunft noch intensivere Folge haben, wenn nicht entschlossen gehandelt wird. ArbeitnehmerInnen dürfen nicht zu der Entscheidung gezwungen werden, angesichts vermeidbarer Katastrophen ihre Gemeinwesen zu schützen oder ihr eigenes Leben zu riskieren

PSI steht an der Seite aller Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnen, die von den Überflutungen in dieser Woche betroffen sind. Wir setzen den Kampf für Klimagerechtigkeit, für starke und demokratische öffentliche Dienste und für ein gerechteres globales System fort, in dem die Menschen und der Planet mehr zählen als der Profit.